Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2020 · 59:635

<https://doi.org/10.1007/s00120-020-01210-z>

© Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Redaktion

Dr. R. Zielke (V.i.S.d.P.)

BvDU-Geschäftsführer

Kantstr. 149

10623 Berlin

Nachweispflicht für Ärztliche Fortbildung um ein Quartal verlängert

Die Frist für den Nachweis der fachlichen Fortbildung wird für Ärzte und Psychotherapeuten aufgrund der Coronavirus-Pandemie um ein Quartal verlängert. Das Bundesministerium für Gesundheit hat einer entsprechenden Anfrage der KBV zugestimmt.

Die Verlängerung der Nachweispflicht zur fachlichen Fortbildung nach Paragraph 95d SGB V gilt auch für Ärzte und Psychotherapeuten, die bereits mit Honorarkürzungen und Auflagen zum Nachholen der Fortbildungen innerhalb von zwei Jahren belegt wurden.

Quelle: KBV

Extrabudgetäre Vergütung für alle COVID-19-Leistungen

Für die ambulante medizinische Versorgung von Coronavirus-Patienten wird zusätzliches Geld bereitgestellt. Alle ärztlichen Leistungen, die aufgrund des klinischen Verdachts auf eine Infektion oder einer nachgewiesenen Infektion erforderlich sind, werden seit 1. Februar in voller Höhe extrabudgetär bezahlt. Ärzte kennzeichnen die Fälle dazu mit der Ziffer 88240.

Auf die Vergütungsvereinbarung hat sich die KBV mit dem GKV-Spitzenverband geeinigt. Damit reagieren die Vertragspartner auf die zunehmende Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland und den damit verbundenen steigenden Behandlungsbedarf in der Bevölkerung.

Quelle: KBV

Service: Medizinrecht aktuell zu Corona

Das Corona-Virus ist überall tägliches Gesprächsthema. Neben vielen medizinischen Fragen ergeben sich auch Rechtsfragen für Ärztinnen und Ärzte in Klinik und Praxis. Denn sie tragen derzeit eine große Verantwortung im Umgang mit dem Corona-Virus bzw. der Erkrankung COVID-19.

Die Kanzlei D+B, der BvDU-Justiziar Dr. Thomas Willaschek, Rechtsanwalt & Fachanwalt für Medizinrecht, angehört, hat deshalb eine Informationsplattform geschaffen, die einen guten Überblick über aktuelle rechtliche Corona-Themen gibt.

<https://www.db-law.de/de/db-akut>

COVID-19: Berufskrankheit, aber kein Arbeitsunfall

Durch die Ausbreitung der COVID-19-Erkrankung hat sich in Deutschland eine Allgemeingefahr verwirklicht. Ebenso wie bei der Grippewelle bedeutet dies, dass in einem Gebiet alle Menschen mehr oder minder gleich bedroht sind. Es ist damit eine Gefahr entstanden, von der Versicherte zur selben Zeit und mit gleicher Schwere auch außerhalb seiner versicherten Tätigkeit betroffen gewesen wären. COVID-19-Erkrankungen stellen damit grundsätzlich **keine Arbeitsunfälle** dar. Ein D-Arzt-Verfahren sei infolgedessen bei einer SARS-CoV-2-Infektion nicht zu absolvieren.

Die COVID-19-Erkrankung wird jedoch als **Berufskrankheit** anerkannt, wenn sich Pflegekräfte, Klinikärzte oder MFA in Ausübung ihrer Tätigkeit angesteckt haben.

Weitere Informationen für D-Ärzte in Zusammenhang mit COVID-19-Erkrankungen

https://www.dguv.de/landesverbaende/de/medien/faq/aktuelles-corona_dav/index.jsp